



Kommunalwahl- programm 2025 der AfD Bonn

**Am
14.09.2025
AfD
wählen!**







Inhalt

Migration und Remigration	8
Sicherheit	12
Sauberkeit & Ordnung.....	14
Verkehr & Mobilität.....	16
Bauen und Wohnen	20
Kultur & Denkmalpflege.....	22
Finanzen	24
Wirtschaft, Energie und Umwelt.....	28
Schule, Bildung und Familie	30
Sport	32



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bonner,

Bonn bleibt auf Kosten für Flüchtlinge in Höhe von 38 Millionen Euro sitzen. Dennoch hält auch die Bonner CDU an ihrer Forderung nach noch mehr Flüchtlingen für Bonn fest. Die Berliner Versäumnisse schlagen voll auf die Kommunen durch. Der Bund bestellt ungebremste Migration - Städte und Gemeinden müssen zahlen. Sie zahlen Container und Hotels statt Schulen, Kitas, Schwimmbäder.

Merz, der Wendekanzler ist Wendehals: Asyl-Wende, Wirtschafts-Wende, Sicherheits-Wende - schon wenige Wochen nach der Wahl sind die Wahlversprechen der CDU gebrochen. „CDU pur“ fordern die letzten Konservativen. Aber mit wem soll die durchgesetzt werden? Mit Grünen, Sozialisten und Kommunisten? Ist das die Politik-Wende, die Merz uns versprach?

Noch steht die Brandmauer – auch in Bonn: keine Gespräche mit der Alternative für Deutschland. CDU und IHK diskutieren lieber mit Kommunisten. Die Folge für die nächste Ratsperiode: Brandmeister und CDU-OB-Kandidat Guido Deus bleibt in der Opposition, sofern er sich nicht mit Grünen, Sozis und Kommunisten ins Bett legt.

Wie schon im Bund kuschelt und koaliert die CDU in Sachsen, Thüringen und Brandenburg mit den Mauerschützenschützern. Auch in der Bundesstadt Bonn verhalf eine Koalition aus CDU, Grünen und Kommunisten einem linken Bezirksbürgermeister ins Amt – gegen die in der Bezirksvertretung Bad Godesberg herrschende bürgerliche Mehrheit.

Am 14. September haben Sie die Wahl: Stillstand oder Alternative. Wählen Sie CDU, wenn es Ihnen gefällt, wie es ist. Ich habe das hinter mir.

Ihr Wolfgang Truckenbrodt
Oberbürgermeisterkandidat der AfD



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bonner,

die Altparteien haben es sich im Stadtrat gemütlich gemacht. Anstatt mit vernünftigen Maßnahmen für das Wohl unserer Stadt zu arbeiten, überbieten sie sich darin, den Bürger linksliberal zu bevormunden.

Linke Pseudomoral darf aber niemals Maßstab kommunalpolitischen Handelns sein. Die Namen großer Deutscher dürfen nicht nach und nach aus dem öffentlichen Leben verbannt werden. Das Geflecht aus linken Vereinen, staatlich geförderten Ideologieprojekten und sog. „NGOs“ muss ans Licht gezerrt und finanziell trockengelegt werden.

Unser Geld wird von der grünen Oberbürgermeisterin und der links-grünen Ratskoalition zum Fenster rausgeschmissen. Unsere Stadt hat einen jährlichen Haushalt von ca. zwei Milliarden Euro.

Trotzdem sind unsere Straßen voller Schlaglöcher, unsere Schwimmbäder marode, die Beethovenhalle noch immer geschlossen und die Sanierung der Guido-Westerwelle-Brücke nach fast zehn Jahren immer noch nicht fertig. Dafür wurde im Dezember 2024 das 19. Flüchtlingsheim in Bonn eröffnet.

Zustände wie diese sind kein Naturgesetz. Sie sind die Folge jahrelanger politischer Fehlentscheidungen.

Damit wird ab September Schluss sein. Bonn ist reif für rechte Politik. Sie haben am 14. September die Wahl. Geben Sie Ihre Stimme der einzigen echten Opposition – der Alternative für Deutschland.

Mit patriotischen Grüßen

Ihr Gerald Christ
AfD-Kreissprecher und Spitzenkandidat für den Stadtrat



Migration & Remigration

Migration und Remigration

Deutschland trägt keine Verantwortung für explodierende Bevölkerungszahlen in Drittwelt- oder Schwellenländern.

Im Dezember 2024 wurde das 19. Flüchtlingsheim auf Bonner Stadtgebiet eröffnet. Wir sagen: Genug ist genug! Die Stadt Bonn ist nach § 1 Flüchtlingsaufnahmegesetz dazu verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen, die ihr durch das Land Nordrhein-Westfalen nach einem Quotensystem zugewiesen werden. Bonn übererfüllt diese Quote mit 124% (Stand 2024). Die AfD fordert, dass die Stadt Bonn ausschließlich jene Flüchtlinge aufnimmt, zu deren Aufnahme sie verpflichtet ist. Abgelehnte und geduldete Asylbewerber müssen zügig, konsequent und gesetzeskonform abgeschoben werden.

Beauftragter für Remigration

Aktuell ist das Bonner Ausländeramt in das „Dezernat I – Allgemeine Verwaltung, Digitalisierung und Ordnung“ eingegliedert. Wir fordern, das Dezernat um den Punkt „Remigration“ zu erweitern und die Stelle eines Remigrationsbeauftragten mit eigener Stabsstelle zu schaffen. Ihm obliegt die Koordinierung ausländerrechtlicher Maßnahmen. Zur Gegenfinanzierung werden alle Fördermittel an Vereine und Institutionen gestrichen, die sich für die Förderung von Migration und die Verhinderung von Abschiebungen einsetzen.

Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

Auf Grundlage der Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz können Asylbewerber zu Arbeit verpflichtet werden. Dazu heißt es im § 5 Absatz 4 Satz 1: „Arbeitsfähige, nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die nicht im schulpflichtigen Alter sind, sind zur Wahrnehmung einer zur Verfügung gestellten Arbeitsgelegenheit verpflichtet.“ Wir fordern die sofortige Umsetzung dieses Gesetzes in Bonn.

Deklarierung als „sicherer Hafen“ beenden

Die Bundespolitik hat mit Steuermitteln massiv das illegale Einschleusen von Ausländern über das Mittelmeer befördert. Zahlreiche Kommunen – so auch Bonn – haben sich trotz fehlender bundespolitischer Zuständigkeit zum sogenannten „sicheren Hafen“ erklärt und eine zusätzliche Aufnahme von zuvor in den EU-Raum eingeschleusten Personen geradezu eingefordert. Die AfD fordert die umgehende Rücknahme dieser Erklärung sowie den Austritt aus dem Verein „Städte Sichere Häfen“.

„Diversitätprogramme“ abschaffen

Die Einstellung von städtischen Bediensteten und Mitarbeitern städtischer Betriebe muss allein aufgrund Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Bewerber erfolgen.

Alle Programme der Stadtverwaltung zur Förderung von „Diversität“ müssen sofort beendet werden. Auch für das städtische Personal gilt: Passende Talente und Fachkräfte werden nicht nach dem Zufallsprinzip gewonnen.

Der Fachkräftemangel wird durch Massenzuwanderung und unterbleibende Rückführungen nicht gelindert. Stattdessen wird er durch die stark anwachsende Zahl zu versorgender Menschen deutlich verschärft.

**GÜNSTIGE WOHNUNGEN
STATT BILLIGE AUSREDEN.**



**VERSPRECHEN
HALTEN!**

**AM 14.09.
AfD WÄHLEN!**

AfD
NRW



Sicherheit

Sicherheit

Ein überproportionaler Kriminalitätsanstieg ist unbestrittene Folge unkontrollierter Zuwanderung. Auch das subjektive Gefühl der Bürger bestätigt dies. Auf die Einwohnerzahl gerechnet belegt unsere Stadt den beschämenden zweiten Platz in Deutschland bei Messergewalt im öffentlichen Raum (Stand 2024).

Dies wird von den regierenden Politikern ignoriert und verharmlost. Erst seit 2015 existiert in unserem Land das Phänomen der ansteigenden Messergewalt. Die AfD tritt für die konsequente Anwendung aller strafrechtlichen Mittel ein und stellt die herrschende „Kuscheljustiz“ an den Pranger. Öffentlichkeitswirksame, jedoch in der Sache wirkungslose Maßnahmen wie z. B. die Einführung von Messerverbotzonen führen zu nichts. Individuell ausgesprochene Waffenverbote für Intensivtäter hingegen begrüßen wir. Sie müssen mit dem entsprechenden Nachdruck kontrolliert werden.

Die AfD fordert eine personelle Aufstockung des Bonner Ordnungsamtes. Dessen Mitarbeiter müssen adäquat ausgebildet und ausgerüstet sein.



***Sauberkeit &
Ordnung***

Sauberkeit & Ordnung

Die Bonner schätzen eine saubere und ordentliche Stadt.

Das städtische Erscheinungsbild leidet jedoch stark an Vermüllung, Vandalismus und Schmierereien. Solches Fehlverhalten wird in der Regel nicht hinreichend verfolgt.

Die AfD wird dieser Verwahrlosung entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von Gemeinschaftseigentum wirksam bekämpft werden. In Härtefällen wollen wir Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung solcher Beschädigungen finanziell unterstützen.

Im Innenstadtbereich werden wir Bettel- und öffentliches Kam-pieren oder Nächtigen verbieten. Gleichzeitig hat die Stadt dafür zu sorgen, dass Obdachlosen die Möglichkeit einer Unterbringung zur Verfügung gestellt wird. Dafür müssen städtische Fördermittel bereitgestellt werden.

Ein jährlich stattfindendes Ärgernis sind die sogenannten „Spaßtage“ am Kaiserplatz und der Hofgartenwiese, an denen sich Punker – in offenkundiger Überschneidung mit der linksextremen Szene – zum alkoholisierten Herumlungern versammeln. Zwar verhalten sich die Punker friedlich, jedoch klagten Anlieger in der Vergangenheit über erhebliche Belästigungen durch Müll, Krach, Urin und Kot. Wir fordern, die „Spaßtage“ nicht zu verlagern, sondern zu verbieten und das Verbot konsequent umzusetzen.



Verkehr &

Mobilität

Verkehr und Mobilität

Der Straßenverkehr dient der Mobilität der Verkehrsteilnehmer und nicht deren ideologischer Erziehung.

Bonn belegt Platz 8 der staureichsten Städte Deutschlands (General-Anzeiger vom 7. Januar 2025). Das ist das Resultat bewusster politischer Entscheidungen. Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass die links-grüne Ratskoalition den Menschen das Automobil „aberziehen“ will. Die AfD lehnt diese Bevormundung mündiger Bürger ab. Wir werden uns dafür stark machen, dass die Bonner ihr bevorzugtes Verkehrsmittel frei wählen können.

Straßen- und Stadtbahn

In einer hochentwickelten Industriegesellschaft ist Zeit von herausragendem Wert. Trotz über 50 Jahren Planung ist der Bau der sog. „Westbahn“ (Hardtbergbahn) bisher nicht erfolgt. Er scheiterte an einem mangelhaften politischen Willen. Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen, dass dieses Projekt endlich angegangen wird. Die Gleise der Linien 61/62 müssen in Richtung Bad Godesberg deutlich verlängert werden. Autofahrer nehmen große Umwege in Kauf, um beschränkte Bahnübergänge zu umfahren, weil diese zu lange geschlossen sind. Um hier Abhilfe zu verschaffen, sollen an möglichst vielen Bahnübergängen Unterführungen gebaut werden.

Fahrradfahren ist im urbanen Raum eine sinnvolle Alternative. Die gemeinsame Nutzung einer Verkehrsfläche durch Automobile und Radfahrer ist jedoch oftmals für beide eine Zumutung. Um den Radverkehr zu fördern, wird sich die AfD im Bonner Stadtrat dafür einsetzen, dass in Ost-West- sowie Nord-Süd-Richtung jeweils ein Radschnellweg ausgewiesen wird. Die Radschnellwege sollen vom Autoverkehr weitestgehend getrennt verlaufen. Für die Nord-Süd-Richtung bietet sich dafür das linke Rheinufer an.

Die geplante Seilbahn auf den Venusberg ist ein teures, aber sinnloses Prestigeprojekt. Die AfD lehnt ihren Bau ab.

Tempo 30

Die willkürliche Ausweisung von Tempo-30-Abschnitten, insbesondere an Hauptverkehrsadern wie der Reuterstraße oder der Burgstraße, lehnen wir ab. Sie dienen weder der Sicherheit noch der Luftreinhaltung oder dem Lärmschutz und sind reine Schikane für Autofahrer.

Radarkontrollen

Geschwindigkeitskontrollen dürfen keinen monetären Zwecke dienen. Sie sollten daher an Orten mit besonderem Sicherheitsbedarf stattfinden – und nicht dort, wo am häufigsten die Kasse klingelt. Die Anschaffung zusätzlicher Radarmessgeräte (sog. „Enforcement Trailer“) lehnt die AfD ab.

Parkgebühren

Mit dem erklärten Ziel, die Anzahl der in Bonn fahrenden und parkenden Autos zu verringern, wurden die Parkgebühren in unserer Innenstadt auf ein grotesk hohes Niveau von bis zu 4 € die Stunde erhöht. Gleichzeitig wurde in mehreren Zonen der Stadt eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt.

Die Preise für Anwohnerparkausweise stiegen 2024 von bisher ca. 30 € auf 360 € jährlich. Wir stehen für die freie Wahl des Verkehrsmittels statt Gebührengängelung.

**SAUBERE
PARKS STATT
DRECKIGE
LÜGEN.**

**VERSPRECHEN
HALTEN!**

**AM 14.09.
AfD WÄHLEN!**

AfD
NRW





Bauen &

Wohnen

Bauen und Wohnen

Rückführung schafft Wohnraum!

Die Wahl des Wohnortes und der Erwerb von Wohnraum sind grundlegende bürgerliche Freiheiten. Nachbarschaftliche Gemeinschaft muss ein freiwilliges soziales Miteinander bleiben.

Die durch die Massenzuwanderung verursachte Wohnraumknappheit zerstört diese Freiheiten. Dem muss durch eine disziplinierte Rückführungspraxis des Ausländeramtes begegnet werden. Die mit zunehmender Bebauung verbundene Flächenversiegelung schadet der Natur und überlastet das städtische Abwassersystem. Es sollen keine Grünflächen und Erholungsgebiete geopfert werden, um Wohnraum für Migranten zu schaffen.

Wir lehnen alle Versuche ab, im Rahmen einer kommunalen Ansiedlungspolitik lokale „Diversität“ zu erzwingen. Wo neuer Wohnraum gebaut wird, soll dies mit der bestmöglichen Effizienz geschehen. Bauämter dürfen sich nicht zu Bauverhinderungsbehörden entwickeln. Leerstände müssen abgebaut werden.



Kultur & Denkmalpflege

Im Verständnis der AfD beschränkt sich Kultur nicht auf organisierte Darbietung, sondern erfasst das Alltagsleben der Menschen im Bewusstsein der nationalen, regionalen und lokalen Traditionen. Die Ästhetik des Stadtbildes ist ein hoher Wert und Teil des kulturellen Gedächtnisses. Der linke Kulturkampf verfolgt das Ziel, dieses Gedächtnis auszulöschen.

Die AfD spricht sich ausdrücklich gegen eine Umbenennung des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums aus. Der Schriftsteller und Gelehrte ist eine Schlüsselfigur des entstehenden deutschen Nationalbewusstseins. Die Tilgung seines Gedenkens aus dem öffentlichen Raum wäre ein weiterer Schritt in Richtung Entwurzelung unserer historischen Identität.

Die Bonner Kriegsdenkmäler befinden sich überwiegend in einem desolaten Zustand. Sie sind schlecht zugänglich und aufgrund von Vandalismus stark restaurierungsbedürftig. Daher werden sie ihrem eigentlichen Zwecke des Andenkens an unsere gefallenen Soldaten nicht gerecht. Die im Baumschulwäldchen und am Rheinufer unweit der Villa Cahn gelegenen Denkmäler seien als beschämende Beispiele genannt. Es bedarf einer umfassenden Restaurierungsoffensive. Diese beinhaltet auch die beiden Bismarcktürme in der Rheinaue und der Elisabethstraße.



Finanzen

Der Haushalt der Stadt Bonn beträgt 2025 laut Haushaltsplan 1.797.359.614 €. Trotz prognostizierter Rekordsteuereinnahmen ist ein Defizit von 84.910.678 € angesetzt. Unsere Stadt hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Namentlich unter der Ägide von Oberbürgermeisterin Dörner wurden seit 2021 ca. 600 neue Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen (General-Anzeiger vom 20. Mai 2025).

Die AfD steht für eine nachhaltige und den Interessen der Bürger verpflichtete disziplinierte Haushaltspolitik. Wir fordern, die in der aktuellen Wahlperiode neu geschaffenen Stellen auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz zu überprüfen und sie ggf. zu streichen. Städtische Mittel dürften nicht für linksliberale Bevormundung der Bürger ausgegeben werden. Das beinhaltet auch Fördergelder für linke Ideologieprojekte wie etwa die Umsetzung des sog. „Klimaplan“.

Wir werden keine neuen Steuern schaffen. Die Hebesätze von Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer müssen deutlich reduziert werden. Die Erhebung einer Baulandsteuer (Grundsteuer C) lehnen wir als Schritt in Richtung Wohnraumkommunismus ebenso ab wie jegliche zusätzliche finanzielle Belastung von Wohnraum.



Den linken

Sumpf

trockenlegen!

Gemeinnützigkeit schützen!

Egal ob Karneval, Sport, Obdachlosenhilfe oder Jugendarbeit – gemeinnützige Vereine leisten einen unschätzbaren und unverzichtbaren Beitrag zum Wohle unseres Gemeinwesens. Dafür werden sie vom Staat steuerlich entlastet.

Politischer Aktivismus kann hingegen nicht gemeinnützig sein, da er Partikularinteressen vertritt und damit nicht dem Allgemeinwohl dient.

Leider gibt es Vereine, die zwar als gemeinnützig anerkannt sind, aber dennoch regelmäßig – oder sogar ausschließlich – politischen Aktivismus betreiben. Besagte Vereine stammen i. d. R. aus dem linken bis linksradikalen Spektrum und nutzen ihre Gemeinnützigkeit schamlos aus, um ihrer politischen Agitation unlautere Vorteile zu verschaffen.

Die AfD wird sich im Bonner Stadtrat dafür einsetzen, dass politischen Vereinen, die gegen die Gebote der Gemeinnützigkeit verstoßen, diese konsequent entzogen wird.



Wirtschaft,

Energie &

Umwelt

Wirtschaft, Energie und Umwelt

AfD-Wirtschaftspolitik ist Mittelstandsförderung. Bonn darf sich wirtschaftlich nicht allein auf seine Eigenschaft als Verwaltungssitz nach den Regeln des internationalen Kapitalmarktes operierender einzelner Großkonzerne verlassen.

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in Bonn. Eine durch ruinöse Migrationspolitik völlig überlastete Infrastruktur kann solche Freiräume nicht gewährleisten.

Der Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen ist eklatant. Solche Flächen können jedoch nur dann ausgewiesen werden, wenn sich die räumliche Lage im Stadtgebiet insgesamt entspannt.

Naturschutz ist Heimatschutz und ein ureigenes konservatives Anliegen. In der auf die Rettung des Weltklimas fixierten Umweltpolitik der Altparteien ist der Naturschutz jedoch nachrangig, ja bedeutungslos geworden. Die AfD wird ihm seinen gebührenden Stellenwert verschaffen.



Schule,

Bildung &

Familie

Schule, Bildung und Familie

Die deutsche Bildungsmisere verzeichnet immer wieder neue Tiefstände, auch unter Studienanfängern. Sie muss bereits auf kommunalpolitischer Ebene bekämpft werden. Wir fordern den aktiven Erhalt aller Schultypen in Bonn. Gerade die nicht zum Abitur führenden Schultypen eröffnen die Möglichkeit einer Fokussierung auf die Ausbildung guter sprachlicher Kompetenz in Wort und Schrift sowie eines soliden mathematischen Grundverständnisses für den Alltag und das Geschäftsleben. Die einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Schulformen des gegliederten Schulwesens lehnen wir entschieden ab.

Religiöser Extremismus hat an Schulen nichts verloren! Die Aktivitäten selbsternannter Sittenwächter, wie z. B. die „Scharia-Polizei“ am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium, müssen mit aller Härte unterbunden werden.

Der Frühpolitisierung von Kindern muss entgegengetreten werden. Viel zu oft werden Schüler im Unterricht von ihren Pädagogen politisch beeinflusst. Die Schlagrichtung ist dabei durchweg links bis linksextrem. Die AfD wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass derartige Verstöße entsprechend sanktioniert werden.

Bonner Kindergärten verzeichnen einen erheblichen Ausfall von Betreuungszeiten, welche dem Personalmangel geschuldet ist. Die Stadtverwaltung muss wirksame Maßnahmen treffen, um dem entgegenzuwirken.

Grundstein einer erfolgreichen Persönlichkeitsentwicklung ist eine gesunde und gefestigte Identität. Das Bewusstsein für die Bedeutung der Familie im Allgemeinen und für die eigenen jeweiligen Familientraditionen im Besonderen soll gefördert werden. Dies gilt gerade auch für Kinder mit Migrationshintergrund, deren positives Verhältnis zu ihrer Herkunft wir affirmativ unterstützen wollen.



Sport

Sport

Der Sport führt im „Dezernat IV - Dezernat für Sport und Kultur“ ein Schattendasein. Sport- und Kulturförderung sind in Bonn bereits kostenmäßig in keiner Weise vergleichbar. Die Sportförderung bedarf eines eigenständigen Dezernats. Nur dies ist der tatsächlichen Bedeutung des Sports angemessen. Sport ist ein essentieller Baustein im Kampf gegen die voranschreitende Fettleibigkeit der Bevölkerung und die damit einhergehenden gravierenden gesundheitlichen Risiken

Wir wollen die Förderung von Bonner Sportvereinen intensivieren. Breiten- und Leistungssport begünstigen sich gegenseitig. Das Bonner Sportangebot darf nicht überregionalen Fitnessstudioketten überantwortet werden. Sportvereine garantieren die Vielfalt des sportlichen Angebots und entlasten Eltern bei der Freizeitbetreuung ihrer Kinder.

Dem Schwimmen kommt aus Sicht der AfD eine herausragende Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu. Bonn muss ausreichend Wasserfläche zum Schwimmen zur Verfügung stellen. Die deutsche Kultur ist traditionell körperbejahend. Aus fremden Kulturen tradierten körperfeindlichen Tendenzen muss bereits im Ansatz entgegengetreten werden.

**STEUERN RUNTER,
WOHLSTAND RAUF.**

**VERSPRECHEN
HALTEN!**

**AM 14.09.
Afd WÄHLEN!**

Afd
NRW

Kommunalwahlprogramm 2025 AfD Bonn

Impressum

Herausgeber: AfD Kreisverband Bonn
c/o AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Vertreten durch Gerald Christ

E-Mail: kontakt@afd-bonn.de
Website: www.afd-bonn.de

Bildnachweise:

Titelseite: Picasa, CC-by- 4.0 via Wikimedia Commons
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode>

Seite 2: travelview, iStock
Seite 8: EyeEm Mobile GmbH, iStock
Seite 12: FotoDuets, iStock
Seite 14: william87, iStock
Seite 16: Canetti, iStock
Seite 20: Lothar Brademann, iStock
Seite 24: Amazing Nature Photography, iStock
Seite 26: photoschmidt, iStock
Seite 28: eugen_z, iStock
Seite 30: gpointstudio, iStock
Seite 32: Drazen Zigic, iStock

**Am
14.09.2025
AfD
wählen!**



Herausgeber:

AfD Kreisverband Bonn | Gladbecker Straße 5 | 40472 Düsseldorf